Thüringer Allgemeine 27. Juni 2014

Affäre Gnauck: LKA durchsucht Geschäftsräume der Teag - Unterlassungsklage droht

Erfurt. In der Untreue-Affäre durchsuchte das LKA die Geschäftsräume der Teag in Erfurt. Zudem droht am Freitag eine Unterlassungsklage.

Vor dem Spiel: Mit schwarz-rot-goldener Krawatte saß Gnauck am Donnerstag im Landtag. Foto: Martin Schutt/dpa

Es ist wieder einmal keine gute Woche für Europaminister Jürgen Gnauck (CDU). Nachdem er am Montag den Briefkopf seiner Anwaltskanzlei abändern lassen musste, weil ihn ein Juristenkollege abgemahnt hatte, erhöhte am Donnerstag die Erfurter Staatsanwaltschaft in der neuesten Untreue-Affäre den Druck.

Mehrere Beamte des Landeskriminalamtes durchsuchten am Donnerstag die Geschäftsräume der Thüringer Ernergie AG (Teag). Das Unternehmen hat die Sekretärin kostenpflichtig an die Staatskanzlei entliehen, die nun für teures Geld im Vorzimmer von Minister Gnauck ihren Sekretariatsdienst versieht. Das weckte im April den Untreueverdacht der Erfurter Justizbehörden. Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft Erfurt diente die Razzia am Donnerstag der "Auffindung von Beweismitteln". Und es wurde dort offenbar auch sehr gründlich gesucht. So haben sich die Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft auf Geheiß des Amtsgerichts Erfurt "eine längere Zeit" im Haus aufgehalten. Das bestätigte Teag-Sprecher Olaf Werner auf Anfrage unserer Zeitung und legte Wert auf die Feststellung: "Uns wurde erklärt, wir werden in diesen Ermittlungen nur als Zeugen geführt."

Staatskanzlei will nicht kommentieren

Nicht bestätigen wollte Werner Beobachtungen von Teag-Mitarbeitern, wonach umfangreiches Aktenmaterial beschlagnahmt worden ist. "Ich weiß es nicht. Ich bin nicht dabei gewesen." Einen Hinweis darauf, dass die Durchsuchung durchaus Ergebnisse gebracht hat, liefert zumindest der Abschlusssatz der staatsanwaltschaftlichen Presseerklärung "Die Ermittlungen dauern an." Die Staatskanzlei zeigte sich am Donnerstag erneut von der Rechtmäßigkeit des Leiharbeitsvertrags überzeugt, wollte aber "die Ermittlungen aus Respekt vor der Unabhängigkeit der Justiz nicht kommentieren."

Doch das ist noch nicht alles. Da Gnauck alle Fristen verstreichen ließ, droht ihm nun am Freitag eine Unterlassungsklage durch den Mühlhäuser Rechtsanwalt Carsten Oehlmann. Er hatte den Minister abgemahnt, weil er auf dem Briefkopf der Erfurter Anwaltskanzlei, die er mit seiner Frau führt, mit der Doppelbezeichunung "Rechtsanwalt/Minister" für sich geworben hatte. Obwohl der Briefkopf inzwischen abgeändert wurde, besteht Oehlmann auf einer Unterlassungserklärung von Gnauck - die dieser offenkundig nicht abgeben will. Darum werde er am Freitag Klage einreichen, sagte der Anwalt unserer Zeitung.
Matthias Thüsing und Martin Debes / 27.06.14 / TA